

### **Bericht und Abänderungsantrag**

des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 1277) betreffend Reduktion von Plastikverpackungen und Plastikmüll (Zahl 21 - 902) (Beilage 1369).

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Reduktion von Plastikverpackungen und Plastikmüll, in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Juni 2018, beraten.

Landtagsabgeordneter Brandstätter wurde in der 14. Sitzung zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem ergänzenden Bericht stellte Landtagsabgeordneter Brandstätter einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Brandstätter gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Reduktion von Plastikverpackungen und Plastikmüll, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Brandstätter beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 20. Juni 2018

Der Berichterstatter:

Brandstätter eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses  
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:  
Dr. Rezar eh.

*Herrn  
Präsidenten des Bgld. Landtages  
Christian Illedits  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 20. Juni 2018

### **Abänderungsantrag**

**der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár,  
Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag 21 - 902, welcher  
abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

## **Entschließung**

### **des Burgenländisches Landtages vom .... betreffend Reduktion von Plastikverpackungen und Plastikmüll**

Plastikmüll belastet zunehmend sowohl die Ozeane als auch die unmittelbare Lebensumwelt der Burgenländerinnen und Burgenländer. Zwar ist im Abfallwirtschaftsgesetz die Entsorgung von Plastikmüll geregelt, eine große Menge an Plastikmüll landet jedoch im Restmüll, ja sogar in der Biomülltonne. Auch die ernüchternde Recyclingquote von PET-Flaschen zeigt, dass das Problem mit Plastikverpackungen einer umfassenderen Lösung bedarf.

Ein besonderes Umweltproblem stellen achtlos weggeworfene oder liegen gelassene Dosen, Plastikflaschen und andere Getränkeverpackungen dar. Genaue Zahlen über die Menge an Dosen und Plastikflaschen, die jedes Jahr in Straßengräben, Feldern, Flüssen oder Wäldern landen anstatt in den vorgesehenen Sammelbehältern entsorgt zu werden, gibt es von Seiten der Behörden nicht. Auch wenn die getrennte Sammlung von Flaschen und Dosen im Burgenland relativ gut funktioniert, so landen doch rund 30% aller Dosen und mehr als 20% aller Plastikflaschen im Restmüll oder auf Straße bzw. in der Landschaft.

Bisherige Bemühungen der Wirtschaft und des Umweltministeriums bzw. der Landesregierung zielten vor allem auf eine verbesserte Information der Bevölkerung ab.

Weiterführende politische Lenkungsmaßnahmen wie Anreize oder Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils von Mehrwegverpackungen sind auf Bundesebene zu prüfen. So kann die Einhebung eines flächendeckenden Getränkeverpackungspfandes zu einer deutlichen Steigerung der sortenreinen Sammlung sowie einer Reduktion des Litterings bei Getränkeverpackungen führen. Durch die Einhebung eines Pfands besteht ein ökonomischer Anreiz, die leeren Dosen und Flaschen zurückzubringen. Dies gilt auch für die konventionelle Durchführung vieler Feste, bei denen eine besonders große Menge an Plastikmüll anfällt.

Das Land Burgenland setzt zahlreiche Maßnahmen, um die Bevölkerung über ressourcenschonendes Konsumverhalten zur informieren und dahingehend auch zu motivieren. Mit den Aktionen „Baumwollsack statt Plastikwrack“ und „Baumwolle statt Plastik“ wurde mit Unterstützung zahlreicher burgenländischer Gemeinden auf die Reduktion von Plastiksackerl hingewiesen. Die Initiative „a sauberes Fest!“ zeichnet besonders umweltfreundliche Veranstaltungen aus. Kriterien sind beispielsweise der Verzicht auf Getränkedosen, die Verwendung von Mehrweggeschirr und die getrennte Abfallsammlung.

Auch der Burgenländische Müllverband unterstützt alle Bestrebungen zur Reduktion von Plastikverpackungen und Plastikmüll im Allgemeinen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden zahlreiche Initiativen wie der Recyclingtag, der „Goldene Mistkäfer“ und die Motivationskampagne“ Sei keine Dreckschleuder“ - eine landesweite Initiative von BMV, Land und ORF Burgenland - umgesetzt.

Die sowohl unter ökologischen als auch unter sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten nachhaltigsten Getränkeverpackungen sind die über 40 Mal wiederbefüllbaren Mehrwegflaschen, die allerdings seit Anfang der 1990er Jahre immer mehr aus den heimischen Regalen verschwinden. Der Mehrweganteil bei Mineralwasser im Lebensmitteleinzelhandel liegt sogar bei unter 10 Prozent. Alle anderen Getränkearten wie Limonaden sind fast ausschließlich in Einwegverpackungen erhältlich, eine Wahlfreiheit der Konsumenten ist somit nicht mehr vorhanden.

Um das volle ökologische Potential zu entfalten, muss die Einführung eines Pfandsystems daher an die gezielte Erhöhung der Mehrweganteile bei Getränkeverpackungen gekoppelt werden.

Um das Problem des Plastikmülls in den Griff zu bekommen, bedarf es daher Maßnahmen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert

- weiterhin nachhaltige Maßnahmen auf Landesebene zu setzen, um den Gebrauch von Plastiksackerl und Plastikverpackungen zu reduzieren und
- bewusstseinsbildende Maßnahmen für gesundheitsgefährdende Schadstoffe in Plastik, vor allem in Lebensmittelverpackungen, zu setzen,

Weiters soll an die Bundesregierung mit dem Ersuchen herangetreten werden,

- ein verpflichtendes Pfandsystem für alle Getränkeverpackungen sowie die verpflichtende Kennzeichnung für Mehrweg- und Einweg-Getränkeverpackungen zu prüfen und
- sich für ein europaweites Verbot von Plastikverpackungen einzusetzen, die Chemikalien enthalten, welche im Verdacht stehen, das Hormonsystem zu schädigen und Krebs verursachen zu können (z.B. Bisphenol A) sowie
- sich für ein europaweites Verbot von Mikroplastik in Kosmetikprodukten einzusetzen.